



## **DIE SCHWARZE KATZE**

Das Libertäre Kultur- und Aktionszentrum ist ein Ort, der von libertären und anarchistischen Gruppen, Projekten und Einzelpersonen genutzt wird.

Die Schwarze Katze ist komplett selbstverwaltet und wird durch die Aktiven selbst finanziert.

**Samstag: 14.1, rote Flora**

Einlass ab 21:00 Uhr

**Solyparty für die schwarze Katze**

Alle Reden vom Wetter. Wir nicht.

Trash-Lesung & Party

Lesung aus den Autobiografien bekannter Persönlichkeiten David Hasselhoff, Detlef! Soost und Claudia Effenberg lesen unter musikalischer Begleitung Auszüge aus ihren Biographien.

Danach geht es direkt weiter mit bester 80er/90er/Pop/Trash-Musik!

**Samstag: 28.1, Hauptbahnhof**

ab 13:00 Uhr

**Demonstration**

die verhindern soll, dass die Verbrechen des NSU wieder aus dem öffentlichen Interesse verschwinden.

## **Regelmässige Termine in der Schwarzen Katze**

Montags, 19:00 - 21:00 Uhr

**Sing Kreis**

Gemeinsames Singen, Essen oder einfach nett beisammen sein.

Jeden 1. Montag im Monat, 18:00 - 20:00 Uhr

**Win2Trash**

Wir helfen euch beim Umstieg auf Linux.

Weitere Informationen gibt es unter:  
[linux.libertaereszentrum.de/](http://linux.libertaereszentrum.de/)

Freitags, 19:00 - 23:00 Uhr

**Libertärer Kneipenabend**

während des Kneipeabends:

19:00 - 21:00 Uhr

**Offenes Treffen** zum gemütlichen

Kennenlernen mit der Freie ArbeiterInnen Union Hamburg (FAU-IAA).

**Libertäre Bibliothek in der**

**Schwarzen Katze:**

Öffnungszeiten:

Montag: 19:00 - 21:00 Uhr

Donnerstag: 19:00 - 21:00 Uhr

Freitag: 19:00 - 21:00 Uhr

## **WAS WILL DIE FAU?**

In der FAU Hamburg haben sich Menschen zusammengeschlossen, die versuchen direkte Verbesserungen für ihr Leben zu erkämpfen. Da die Lohnarbeit einen wesentlichen Teil unseres Lebens ausmacht, setzen wir hier an.

Erfahrungen mit den etablierten Gewerkschaften haben uns gezeigt, dass es nicht möglich ist den Kampf um bessere Lebensbedingungen zu delegieren. Stattdessen müssen Entscheidungen über die Kämpfe an der Basis getroffen werden.

Das kann allerdings nicht alles sein. Der Kampf um bessere Lebensbedingungen ist erst zu Ende, wenn sämtliche kapitalistischen Kategorien, wie Wert, Ware, Arbeit oder Staat, ihre Bedeutung verloren haben und die Menschen in einer Gesellschaft zusammenleben, die der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende gesetzt hat.

Wer in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten will ist herzlich willkommen.

## **Aufruf der FAU Hamburg**

Am 28. Januar findet in Hamburg eine Demonstration statt die verhindern soll, dass die Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) wieder aus dem öffentlichen Interesse verschwinden. 13 Jahre konnten drei Nazis scheinbar unbemerkt durch Deutschland ziehen und dabei zehn Menschen ermorden. Enver Simsek, Abdurrahim Özüdogru, Süleyman Tasköprü, Habil Kiliç, Mehmet Turgut, Ismail Yasar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubasik, Halit Yozgat sowie die Polizistin Michèle Kiesewetter kaltblütig hingerichtet worden.



Für die Strafverfolgungsbehörden und die Medien war es nicht vorstellbar, dass die Morde einen rassistischen Hintergrund hatten. Stattdessen wurden den Opfern mafiose Zusammenhänge unterstellt, ihre Angehörigen zu Verdächtigen und die Morde in rassistischer Manier als Dönermorde verniedlicht.

weiter auf Seite 2



### Fortsetzung: Aufruf der FAU Hamburg

Was nach einem handfesten Skandal aussieht hat Tradition im postnationalsozialistischen Deutschland. Schon bei dem Brandanschlag in Lübeck 1996 konnten es nur die BewohnerInnen selbst gewesen sein. Das Nazis morden scheint in Deutschland nur in MigrantInnenorganisationen und bei AntifaschistInnen erkannt worden zu sein. Mindestens 180 Tote durch militante Nazis seit 1990 scheinen da keine Rolle zu spielen, ebenso wenig, dass die USA zur Fußball-WM 2006 eine Warnung für gewisse Teile Deutschlands an seine BürgerInnen ausgesprochen hat.

Diese Blindheit gegenüber nationalsozialistischer Gewalt wird nur noch getoppt durch das Verhalten des Verfassungsschutzes (VS) in der Affäre. Zwar weisen AntifaschistInnen schon seit Jahren auf eine strukturelle Zusammenarbeit des VS mit organisierten Nazis hin, aber dieses Ausmaß hätten sich wahrscheinlich die Wenigsten ausgemalt. Von einem Versagen des Verfassungsschutzes zu sprechen stellt eine Verharmlosung dar, Mittäterschaft trifft es wohl eher. Tagtäglich kommen neue Fakten ans Licht der Öffentlichkeit, sodass es den Anschein hat, dass der Grund des Sumpfes noch lange nicht erreicht ist. Die Überschneidungen zwischen VS und Nazis sind so groß, dass schon in Teilen der bürgerlichen Presse über die Auflösung der VS nachgedacht wird.

Wer die Geschichte des VS und der anderen Deutschen Geheimdienste kennt wird zwar überrascht, aber nicht er-

schocken sein. Aufgebaut in einem Land das nach '45 einfach wieder zur Tagesordnung übergang, indem es keine ernstzunehmende Entnazifizierung gab, indem zwar die Bilder der Gräueltaten von Auschwitz in der Schule gezeigt werden, aber nie nachgefragt wurde welche Ursachen dazu geführt haben, in dem Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus Lebensrealität für die Betroffenen sind. Aufgebaut von alten Nazis mit dem einzigen Zweck eine mögliche rote Bedrohung zu bekämpfen, funktioniert der VS heute genauso wie es geplant war.

Das Motiv, das sowohl Nazis als auch den Verfassungsschutz antreibt, ist die 'Deutsche-Nation'. Wer sich mit diesem Motiv solidarisiert, solidarisiert sich zwar nicht zwangsläufig mit den Nazis oder dem VS, er/sie bereitet aber den Nährboden für eben diese und ist Teil des Spektakels, das zu diesen Morden geführt hat.

**Daher fordern wir:**

- Gedenkt den Opfern rassistischer Gewalt!
- Solidarisiert euch mit deren Angehörigen!
- Unterstützt eure lokalen Antifagruppen!
- Die Auflösung des Verfassungsschutzes und eine unabhängige (möglichst internationale) Aufklärung!
- Nie wieder Deutschland!

## Kommt zur Demonstration!



**am: 28. Januar 2012**  
**um: 13.00 Uhr**  
**ab: Hamburger Hauptbahnhof**  
**dertodisteinmeisteraus.de**

FAU Hamburg

# ILO mahnt Bundesregierung: Gewerkschaftsrechte garantieren

### Nach einer Beschwerde der FAU Berlin bestärkt die UN-Arbeitsorganisation ILO die Rechte von Minderheitsgewerkschaften

In ihrem Bericht vom November 2011 fordert die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) die Interessen ihrer Mitglieder gemäß der Konventionen 87 und 98 vertreten könne. Das Komitee für Vereinigungsfreiheit der UNO-Organisation benennt für die FAU Berlin insbesondere das Recht der freien Meinungsäußerung, das Zutrittsrecht zu sämtlichen Betrieben, in denen sie Mitglieder hat, und das Recht auf Teilnahme an Betriebsratssitzungen, sofern sie auf betrieblicher Ebene repräsentativ ist.

Zur Wahrung der Interessen von sog. Minderheitsgewerkschaften wurde die Bundesregierung darüberhinaus aufgefordert, die ILO umgehend zu informieren, sollte die Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit wieder aufgegriffen werden – die Regierung hatte der UN-Organisation mitgeteilt und damit erstmals schriftlich bestätigt, dass das umstrittene Vorhaben eingestellt ist.

Die ILO reagierte damit auf eine Beschwerde der FAU vom April 2010 (Fall Nr. 2805; FAU gegen Bundesregierung auf Einhaltung der ILO-Konventionen 87 und 98). Die Beschwerde war eine Reaktion auf zwei Urteile des Landesarbeitsgerichts und des Landgerichtes Berlin, in denen der Lokalorganisation der FAU im Zuge eines Arbeitskonflikts per einstweiliger Verfügung nicht nur sämtliche Arbeitskämpf-

maßnahmen untersagt wurden, sondern gleichsam untersagt wurde, sich als Gewerkschaft bzw. Basisgewerkschaft zu bezeichnen. Infolge der Urteile wurde die FAU Berlin nicht nur als mögliche Tarifpartei aus dem Betrieb gedrängt, sondern ihr wurde auch die Teilnahme an Betriebsratssitzungen und Betriebsversammlungen verwehrt. Seither sieht sich die FAU Berlin mit mehreren Hausverboten gegen Gewerkschaftsvertreter konfrontiert – sowohl im damaligen als auch in aktuellen Arbeitskonflikten. In zwei Fällen hatte dies sogar zu Anzeigen wegen angeblichen Hausfriedensbruchs geführt.



„Wir begrüßen ausdrücklich diese Entscheidung eines internationalen Gremiums wie der ILO. Sie stärkt nicht nur unsere Position in aktuellen Konflikten, sondern ebenso die Position all derer, die sich für die Etablierung kämpferischer Basisgewerkschaften in diesem Land einsetzen“, so Andreas Förster, Sekretär der FAU Berlin.

FAU Berlin